

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1928

5.6.1928 (No. 130)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karls-Friedrich-
Straße Nr. 14
Fernsprecher:
Nr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Ephedacteur
E. Amend,
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3.25 RM. einschl. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pf. — Samstag 15 Pf. — Anzeigengebühr 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreduzierter Rabatt, der als Kasierabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karls-Friedrich-Straße 14, zu senden u. werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Inneren berechnet. Bei Klagerhebung, zwangsweiser Beitreibung, und Kontostopfen fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Ausperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Interent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 20. auf Monatsfrist erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wochenschriften, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags

Die Vorgänge in China

Der Abzug der Nordtruppen von Peking

WTB. London, 5. Juni. „Chicago Tribune“ berichtet aus Peking: Die Räumung der Stadt und ihrer Umgebung geht langsam vonstatten, da großer Mangel an Eisenbahnmaterial herrscht. Sechs Armeen stehen noch fest, obwohl der feindliche Druck nicht erheblich ist. Die mandchurischen Truppen Tschangsolins haben 60 Proz. des chinesischen rollenden Eisenbahnmaterials sowie die Reparaturmaschinen usw. mitgeführt.

Tschangsolin gestorben?

WTB. Tokio, 5. Juni. (Tel.) Nach einer Meldung der Zeitung „Niji Shimpo“ soll Tschangsolin seinen Verletzungen erliegen sein. Sein Tod wird angeblich geheim gehalten.

*

WTB. Tokio, 4. Juni. (Tel.) Nach einer Meldung aus Nankin ist Aufstand, der Gouverneur von Heilungkiang, seinen bei dem Bombenanschlag auf Tschangsolins Zug erlittenen Verletzungen erliegen. Die Nachricht seines Todes wird aber geheim gehalten, damit die Moral der Truppen in Heilungkiang nicht gefährdet wird.

Das Bombenattentat auf den Zug Tschangsolins wurde kurz vor Nankin verübt. Eine Anzahl von Verdächtigen (1) wurde verhaftet und sofort hingerichtet. Es wurden zwei Bomben auf den Zug geworfen, als dieser gerade unter einer Brücke hindurchfuhr. Ein Eisenbahnwagen wurde in die Luft gesprengt, vier weitere gerieten in Brand. Tschangsolin erlitt leichte Verletzungen am Gesicht. Er flog eilends in ein Auto, um sich nach dem Hauptquartier zu begeben. Nach anderen Meldungen soll in der Stadt eine Bombe gegen seinen Wagen geschleudert worden sein, wobei Tschangsolin schwere Verletzungen erlitten haben soll.

Um die Regierungsbildung in Württemberg

Die württembergische Zentrumspartei erklärt, sie würde es begrüßen, wenn im Falle des Zustandekommens einer Regierung sämtlicher bürgerlicher Parteien auch die Demokraten an der Regierung beteiligt würden, die Berliner Meldung dagegen, daß der Posten des Staatspräsidenten vom Zentrum den Demokraten angeboten worden sei, entspreche in keiner Weise den Tatsachen.

Die Deutsche Volkspartei hat in einer Sitzung ihres geschäftsführenden Ausschusses in einer Entschließung erklärt, sie werde sich einem an sie ergehenden Ruf zur Mitwirkung bei der Regierungsbildung nicht entziehen. Voraussetzung ihrer Mitarbeit in jeder Koalition sei indessen, daß der Kurs der Regierung mehr als bisher von der Mitte bestimmt wird, und daß die Persönlichkeiten des Kabinetts nicht nur für eine reibungslose Zusammenarbeit Gewähr bieten, sondern auch die Anbahnung eines besseren Verhältnisses zur Opposition nicht unnötig erschweren. Die Deutsche Volkspartei erstrebe als nächstes Ziel die Schaffung einer Koalition aller bürgerlichen Kreise.

Die Konstituierung der französischen Kammer

Montag nachmittag hatte die französische Kammer über die Gültigkeit der angebotenen Abgeordnetenmandate zu beschließen. Es gab Zwischenfälle und Wortwechsel zwischen den Beteiligten, bis schließlich der Alterspräsident sagte, daß von den 588 nicht angebotenen Wahlergebnissen 584 für gültig erklärt worden seien, während die Beschlussfassung über die restlichen vertagt sei. Die Kammer wird heute nachmittag zur Wahl des Präsidiums schreiten. Der Abg. Franklin Bouillon, der Führer der Opposition gegen die Wiederwahl des kommunistischen Kammerpräsidenten Fernand Bouisson, hat erklärt, daß er selbst für den Posten des Kammerpräsidenten kandidieren wolle. Daraus haben die Führer der Rechtsstehenden und der Mittelgruppen beschlossen, seine Kandidatur zu unterstützen.

Der Parteivorstand der Deutschen Volkspartei trat heute (Dienstag) vormittag im Reichstag zu Berlin zur Besprechung der politischen Lage zusammen.

Ein Brückenbau durch die Besatzungsbehörde unterfangt. Der kommandierende General der französischen Besatzungsarmee hat den Weiterbau der seit mehreren Wochen im Bau befindlichen Moselbrücke der Gemeinde Zeltingen bis auf weiteres unterfangt. Diese Moselbrücke entspricht einer rein wirtschaftlichen Notwendigkeit und hat mit einer Gefährdung der militärischen Sicherheit der Besatzungsarmee nichts zu tun.

Einklopätschen bei der Reichspost. Der Verwaltungsrat der Deutschen Reichspost hat u. a. die Zulassung eines Briefpäckchens bis zum Gewicht von 1 Kilogramm, das in größeren Abmessungen als bisher gegen eine Einheitsgebühr von 60 Pf. mit der Briefpost befördert werden soll, beschlossen.

Das Internationale Sozialistische Bureau ist in Brüssel unter dem Vorsitz von Henderson (England) zusammengetreten, um für den internationalen Kongress die Beratung der Eingeborenen- und Abrüstungsprobleme vorzubereiten. Unter den Anwesenden befinden sich der deutsche Abg. Wels.

Das Urteil im Bialystoker Kommunistenprozess. In Bialystok (Polen) wurde in dem großen Prozess gegen 136 Mitglieder der kommunistischen Partei West-Weißrusslands das Urteil gefällt. 72 Personen wurden zu Kerkerstrafen zwischen 1 und 8 Jahren verurteilt.

Letzte Nachrichten

Die Einberufung des neuen Reichstags zum 13. Juni

WTB. Berlin, 5. Juni. (Tel.) Die Einberufungsordere des Reichstags lautet: „Auf Grund der Artikel 23 und 27 der Reichsverfassung wird der neue Reichstag berufen am Mittwoch, den 13. Juni, nachmittags 3 Uhr, zusammenzutreten. (Unterschrift) Lobe, Präsident des Reichstages der dritten Wahlperiode.“

*

pr. Berlin, 5. Juni. (Priv.-Tel.) Nach den Beratungen des sozialdemokratischen Parteiausschusses, der morgen in Köln zusammentritt, wird der „B. Z.“ zufolge Hermann Müller-Franken voraussichtlich am Freitag dem Reichspräsidenten über die Entscheidung seiner Parteiführung Bericht erstatten. Das Blatt will wissen, daß eine Vertrauensfrage des Abg. Müller-Franken als Reichstagsantrag kaum mehr in Frage gestellt, und daß Severing für das Amt des Reichsinnenministers in Aussicht genommen ist.

Reichspräsident von Hindenburg hat den Wählern zufolge die Absicht, mit den Führern der Reichstagsfraktionen Ende der Woche die politische Lage im Hinblick auf die Regierungsbildung zu besprechen.

Wie der „Demokratische Zeitungsdienst“ berichtet, besteht in demokratischen Kreisen die Auffassung, daß der Versuch einer Regierungsbildung im Reich auf der Grundlage der großen Koalition gemacht werden müsse, da die Weimarer Koalition ein absolut unsicheres Gebilde sei.

Beginn des Kaufmann-Casparh-Prozesses

WTB. Berlin, 5. Juni (Tel.) Die Disziplinarverhandlungen gegen die Staatsanwaltschaftsaffessoren Dr. Kaufmann und Dr. Casparh sowie den Landgerichtsrat Pelzer, die als ein disziplinarisches Nachspiel zum Barmat-Prozess und auch zum Haarer Stresemann-Prozess betrachtet werden können, nahm heute vor dem kleinen Disziplinarhof des Kammergerichts ihren Anfang.

Die umfangreiche Anklage ist in verschiedene Gruppen eingeteilt. Zunächst werden alle drei Angeklagten der unzulässigen Verbindung mit der Presse und mit Parlamentariern „im Falle Müller-Blauen“, also im Verleumdungsprozess des Reichsaußenministers, bezichtigt. Ferner ist ein besonderer Vorwurf der unzulässigen Verbindung mit der Presse und mit Parlamentariern in den Fällen Barmat und Kaufmann gegen Kaufmann und Casparh erhoben worden. Kaufmann und Pelzer werden ferner Unwahrscheinlichkeiten bei dienstlichen Vernehmungen vorgeworfen. Kaufmann allein wird der unzulässigen Zuziehung des Hauptmanns Knoll in der Sache Barmat bezichtigt und ihm weiter sein Verhalten gegenüber dem Ehepaar Bankier Weitzler zum Vorwurf gemacht. Kaufmann hat von seinem gesetzlichen Rechte Gebrauch gemacht, nicht persönlich an den Verhandlungen teilnehmen zu müssen.

Poincaré an Baldwin

WTB. Paris, 5. Juni. (Tel.) Der englische Vorkämpfer in Paris, Lord Crewe, hat ein Schreiben des Premierministers Baldwin, der nach einem längeren privaten Besuch der englischen Kriegesgräber in Frankreich nach England zurückgekehrt ist, an Ministerpräsident Poincaré weitergeleitet. Baldwin spricht darin seinen Dank für die Maßnahmen zur Unterstützung der englischen Kriegesgräberfürsorge aus. Ministerpräsident Poincaré hat in einem Telegramm geantwortet, daß mit folgendem Satz schließt: „Frankreich hält dadurch, das es den gefallenen Engländern Gastfreundschaft auf seinem Boden bietet, die bewegten Erinnerungen an unsere Waffenbrüderschaft wach.“

Ein Funkpruch Nobiles?

Spät in der Nacht zum Montag fing ein Radioamateur in Zelleberg (Sachsen) auf ungefähr 900 Meter Wellenlänge folgenden Funkpruch auf: „Hallo, Hallo, Italia, Nobile, SOS, Ia, Kingsbay invisible, Radio Bordeaux“. Die Meldung wurde etwa 50mal wiederholt. Ähnliche Signale wurden auch von anderen Radioamateuren, auch in Sibirien, aufgefangen. In Russland nimmt man an, die „Italia“ sei irgendwo auf dem Franz-Josef-Lande niedergegangen.

Ein neuer Dauerflugweltrekord

WTB. Paris, 5. Juni. (Tel.) Die belgischen Militärflieger Groot und Groenck haben mit einem Militärflugzeug, das während des Fluges durch ein zweites Flugzeug mit Benzin und Öl nachverjagt wurde, den Weltrekord im Dauerflug geschlagen. Die beiden Flieger landeten gestern auf dem Flugplatz Tielmont, nachdem sie 60 Stunden 7 Minuten, 32 Sekunden in der Luft geblieben waren, und damit den erst vor wenigen Tagen von italienischen Fliegern aufgestellten Rekord von 58 Stunden, 37 Minuten erheblich überboten hatten.

Der Flug Kalifornien—Australien

WTB. Suva (Fidschijenseln), 4. Juni. (Tel.) Das Flugzeug „Southern Cross“ landete hier um 10.30 Uhr Neuseeländischer Zeit.

Verbindlichkeitsklärung für den oberhessischen Bergbau. Die für den oberhessischen Steintohlen- und Erzbergbau am 22. Mai gefällten Schiedsprüche sind vom Reichsarbeitsminister für verbindlich erklärt worden.

* Zur Frage der Regierungsbildung

Die Erörterung der Frage der Regierungsbildung im Reich nimmt ihren Fortgang. Von sozialdemokratischer Seite wird mit Nachdruck darauf hingewiesen, daß nicht nur die Große Koalition in Betracht komme, sondern daß man auch zur alten „Weimarer Koalition“ zurückgreifen könne. Sozialdemokraten, Zentrum und Demokraten hätten zusammen 238 Mandate von 490; kämen dazu noch 8 Abgeordnete der Deutschen Bauernpartei, so sei eine Mehrheit vorhanden, die allerdings nur eine Stimme betrage. Auch der Reichspräsident Lobe hat in seiner Unterredung mit dem Reichspräsidenten, Herrn von Hindenburg, auf die Möglichkeit einer Wiedererrichtung der Weimarer Koalition aufmerksam gemacht.

Wie dann weiter gemeldet wurde, sollte Stresemann als „Fachminister“ dem von der Weimarer Koalition zu bildenden neuen Kabinett angehören und dabei natürlich das Außenministerium in seiner Hand behalten. Ein solcher Vorschlag bedeutete eine Verbeugung vor Herrn Stresemann, dem damit bekennt wurde, daß die Sozialdemokratie mit seiner Außenpolitik völlig einverstanden ist. Stresemann hat den Vorschlag abgelehnt. Und als einer der Führer der Deutschen Volkspartei konnte er wohl nicht anders handeln. Denn der Sinn aller Bestrebungen, die auf eine Wiedererrichtung der Weimarer Koalition hinführen, ist doch der, daß man eben mit der Deutschen Volkspartei nicht gerne zusammenarbeiten wolle. Und selbstverständlich kann ein Führer dieser Partei — und das ist doch Stresemann — nicht gut in ein Kabinett eintreten, das zustande kommt unter Zurückweisung seiner eigenen Partei als Koalitionspartner.

Was anderes ist es mit dem Reichswehrminister, Herrn Groener. Er ist in der Tat in erster Linie Fachmann und in zweiter Linie Mitglied der Demokratischen Partei. In der Führung der Demokratischen Partei spielt er keine Rolle. So war es möglich, daß er dem bisherigen Kabinett angehörte, obwohl dieses ein rechtsgerichteteres Kabinett ohne Beteiligung der Demokraten war. Diese Tatsache machen sich übrigens die Demokraten insofern zunutze, als sie erklären, daß, wenn Groener in neu zu bildenden Kabinett Reichswehrminister bleibe, er nicht als Vertreter der Demokratischen Partei im Kabinett anzusehen sei, so daß also die Demokraten einen andern Herrn als Minister präsentieren könnten. Ob diese Auffassung respektiert werden wird, weiß man heute noch nicht.

Wahrscheinlich werden die Dinge so verlaufen, daß man zunächst die Errichtung der Großen Koalition versucht. Sollte der Versuch scheitern, so könnte noch immer die Weimarer Koalition gebildet werden, falls man nicht zu einem ganz anders gearteten Vorschlag zurückkommt, nämlich dem, ein Minderheitskabinett lediglich aus Sozialdemokraten zu bilden unter wohlwollender Neutralität anderer Parteien. Die Sozialdemokraten werden sich wohl kaum auf eine derartige Kombination einlassen. Ein Minderheitskabinett ist immer und von vornherein eine mißliche Sache. Und bisher hat die Erfahrung ja auch gezeigt, daß solche Minderheitskabinette nur von kurzer Dauer waren. Auf die Mehrheitsverhältnisse im Reichstag kommt es an. Und stets sollte es deshalb das Bestreben sein, ein Kabinett zu formieren, das auch wirklich über eine feste Mehrheit im Reichstag verfügt.

Daß die Demokraten an sich bereit wären, die Weimarer Koalition mitzumachen, ist wohl nicht zu bezweifeln. Wie die Auffassung im Zentrum ist, darüber liegen zuverlässige Mitteilungen nicht vor. In deutschnationalen Blättern wird aus der Tatsache, daß die Zentrumspartei leithin ihren Weltanschauungscharakter stärker betont hat, der Schluß gezogen, daß das Zentrum unter keinen Umständen mehr mit den Sozialdemokraten zusammenzugehen wüßte. Ob diese Auslegung richtig ist, bleibt fraglich. Jedenfalls glaubt auch die deutsch-nationale Presse nicht, daß jener angebliche Wunsch des Zentrums, die Beziehungen zur Sozialdemokratie auf der ganzen Linie abzubrechen, praktisch seine Betätigung finden werde; der Kurs werde doch wohl der alte der letzten Jahre bleiben.

Was die Verhältnisse in Preußen betrifft, so scheint die dort regierende Weimarer Koalition, die ja jetzt über die Mehrheit im Landtag verfügt, durchaus nicht gesonnen zu sein, die Deutsche Volkspartei so ohne weiteres

mit in die Koalition anzunehmen. Und man nimmt an, daß die Deutsche Volkspartei im Reich die Bildung der Großen Koalition nicht von der Vereinnahmung der Deutschen Volkspartei ins preussische Kabinett abhängig machen wird.

Noch ganz ungewiß ist die Entwicklung der parlamentarischen Koalitionsverhältnisse in Württemberg und auch in Bayern. Die Deutsche Volkspartei in Württemberg, die mit ihren vier Abgeordneten das Jünglein an der Wage bildet, hat dieser Tage erklärt, daß sie ein Regiment Vazille nicht unterstützen werde, daß sie bessere Beziehungen zu der größten Partei der Opposition, zu der Sozialdemokratie, wünsche, im übrigen aber eine Zusammenfassung der bürgerlichen Parteien für das Beste halte. Da die Deutschnationalen an der Person des Herrn Vazille festhalten, wird die Bildung der neuen Regierung in Württemberg wohl recht schwierig werden.

In Baden hat das Ergebnis der Reichstagswahl eine bemerkenswerte Folge gehabt: die Bürgerliche Vereinigung im badischen Landtag hat sich aufgelöst. Wir haben jetzt wieder eine deutschnationale Fraktion und eine Fraktion der Wirtschaftspartei, welcher die Abgeordneten Kläiber, von Au und Hermann angehören. Die Position der Deutschnationalen wird schon rein ziffernmäßig dadurch geschwächt. Aber die Gegensätze in der Bürgerlichen Vereinigung waren eben so schwer geworden, daß man Deutschnationale und solche Abgeordnete, die zur Wirtschaftspartei hingehören, nicht mehr unter einem Hut vereinigen konnte.

Die Finanzlage des Reichs

Das Reichsfinanzministerium veröffentlicht eine Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben des Reiches von 1924 bis 1927. Daraus geht hervor, daß im Rechnungsjahr 1927 ein Überschuß von 338 Millionen bleibt.

Die Einnahmen betragen 9,68 Milliarden. Über diesen Überschuß ist durch den vom Reichstag im März angenommenen Haushaltsplan für 1928 bereits in der Weise verfügt worden, daß 127 Millionen in den ordentlichen, 35 Millionen in den außerordentlichen Haushalt eingestellt worden sind. Die jetzt noch zur Verfügung stehenden 176 Millionen sind dem außerordentlichen Haushalt zugeführt worden.

Bei der Prüfung der Ausgaben, insbesondere der aus früheren Jahren noch unbeglichenen Reste hat das Reichsfinanzministerium aus Heeres- und Marineetat 41 Millionen und beim Reichsarbeitsministerium 33 Millionen abgesetzt. Beim außerordentlichen Etat ist für 1927 ein Zuschuß von 153 Millionen nötig geworden. Zu diesem kommen noch ungedeckte gebliebene Reste aus dem Rechnungsjahr 1926 von 290 Millionen. Von diesem Defizit von 641 Millionen werden die aus dem Überschuß des ordentlichen Etats dem Extraordinarium zugeführten 176 Millionen abgesetzt.

Die Verschuldung des außerordentlichen Etats beträgt demnach 465 Millionen, wozu noch unbeglichene Ausgabenreste von 269 Millionen treten, so daß ein Gesamtanleihebetrag von 734 Millionen übrig bleibt. Daraus können zwar durch Veranlagung des restlichen Betriebsmittelfonds 62 Millionen getilgt werden, es verbleibt aber noch ein Anleihebedarf von 662 Millionen.

Zugehörigkeit von Offizieren zum „Kaiserlichen Nachtclub“. Wie das „N.N.“ hört, soll der Reichswehrminister, General Gröner, die Absicht haben, eine Verfügung zu erlassen, daß alle Angehörigen des Reichsheeres und der Reichsmarine, die bisher Mitglied des „Kaiserlichen Nachtclubs“ in Kiel waren, bis Ende dieses Monats ihren Austritt aus dem Club zu vollziehen haben. Die Verfügung sei ergangen, nachdem der Nachtclub es abgelehnt habe, die geforderte Namensänderung vorzunehmen.

Antsenthebung Streichers. Der nationalsozialistische Landtagsabgeordnete und Stadtrat, Hauptlehrer Julius Streicher, ist von der Disziplinarkammer des Verwaltungsgerichtshofes in München seines Amtes als Lehrer unter Zustimmung der gesetzlichen Pension entbunden worden. Dem seit vier Jahren schwebenden Verfahren lag die Tatsache zugrunde, daß Streicher im November 1923 seine Schulen verließ, um sich an der Organisation des Hitlerputsches in München zu beteiligen. Die erste Instanz hatte seinerzeit nur auf Strafverurteilung erkannt, während die zweite ihm endgültig die Befähigung zum Lehrer aberkannt.

Badisches Landestheater

Die Herzogin von Babua

Von Oscar Wilde

(Uraufführung am 2. Juni 1928)

Sehr lange vor der „Salome“, dem größten Innerelebnis des englischen Dichters und seinem dramatisierten Hauptwerk, erschien diese Tragödie. Sie war das zweite Bühnenstück des später so glänzenden Geistesvirtuosen und kurz nach dem dramatischen Erstling „Vera oder die Nihilisten“ um 1883 geschrieben. Auch schon die weibliche Hauptrolle dieses Stückes ward einer schönen Schauspielerin, die Wilde sehr verehrte, zugelegt, genau wie er nachher bei der Niederschrift der Visionen um des Perodias Tochter Sara Verwardt als Darstellerin zunächst im Auge hatte. Ob die Angebetete freiwillig die ihr gewidmeten Verse öffentlich sprach, ist ungewiß. Es wird zwar von dem einen oder anderen Biographen von einer New-Yorker Aufführung des Werkes berichtet, fand sie jedoch wirklich statt, dann war sie so schlecht, daß die literarische Welt sich nicht weiter um sie kümmerte. Daher blieb dem Badischen Landestheater das immerhin interessante Ereignis vorbehalten, in der Übersetzung und Bearbeitung Max Neperfelds mit einer Wilde-Premiere aufwarten zu können, der allerdings heute nur noch eine historische Bewertung zukommt und der man die reichliche Verpöschung von mehr als 40 Jahren gar deutlich und oft peinlich anmerkt.

Denn es mangelt dem Fünftatter vor allem jene ewige Aktualität des Stoffes, wie sie z. B. Shakespeares Gestalten auszeichnet, an die manches in Anlage und Form erinnert, und überdies wird das an sich für eine Schicksalstragödie ausreichende Material viel zu verweichlicht anstatt gehärtet und mit festem Rückgrat versehen. Täuscht mich mein Gedächtnis nicht, so hat schon vor Jahren ein Komponist an die Vertonung des Werkes gedacht; es wäre vielleicht nicht ausgeschlossen, daß in der Reflexion der Opernbühne und unter einem gewissen Theaterbrunck diese Gestalten doch noch Leben gewinnen. Sind's eben keine klassische Shakespeareschen, die aus sich heraus ihr Schicksal erleben und denen alles Menschliche Bedenkliche ist, so sticht dennoch viel romantisches Blut in ihren Adern und in der biegsamen Lyrik ihrer Worte

Die 50. Tagung des Völkerbundsrates

Der Völkerbundsrat ist, wie gemeldet, Montag vormittag unter dem Vorsitz des kubanischen Ratsmitgliedes und Gesandten in Berlin, Agüero Betancourt, der turnusmäßig die nächsten drei Monate die Funktionen des Ratspräsidenten ausüben wird, zu seiner 50. Tagung zusammengetreten. Deutschland und Frankreich, die seit der Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund im September 1926, für jede Rats-tagung ihre Außenminister Dr. Stresemann und Briand nach Genf entsandt hatten, sind diesmal durch Staatssekretär v. Schubert und Paul-Boncour, den zweiten Delegierten Frankreichs beim Völkerbundsrat, vertreten, während für England wiederum Sir Austen Chamberlain am Ratsisch Platz genommen hat. Auch die meisten anderen Ratsstaaten haben die gleichen Vertreter entsandt, denen sie bereits in den letzten Tagungen ihre Vertretung übertragen hatten.

Die Tagung wurde, wie üblich, durch eine nichtöffentliche Sitzung zur Genehmigung der Tagesordnung und Regelung einiger Verwaltungsfragen eröffnet. Auf Antrag Scialojas wurde beschlossen, an Dr. Stresemann und Briand Telegramme abzusenden, in denen das Bedauern der Ratsmitglieder über die Abwesenheit der beiden Staatsmänner und zugleich die lebhafteste Gemütsregung über ihre Wiederherstellung von langer Krankheit zum Ausdruck gebracht wird.

Die anschließende öffentliche Sitzung wurde von dem neuen Ratspräsidenten Betancourt mit einer kurzen Ansprache eingeleitet, in der er u. a. der Zuerstficht Ausdruck gab, daß Quinones de Leon bald wieder im Rat mitwirken werde. Spanien und seine Regierung haben — so erklärte der Ratspräsident — durch Wiederaufnahme ihrer Mitarbeit im Völkerbund der Welt ihre unergründliche Treue zu dem Ideal des Friedens und der internationalen Zusammenarbeit bewiesen. Das Amadchen der Arbeiten des Rates und der Versammlung, die in den 2½ Jahren ihrer Tätigkeit insgesamt 1½ Jahre tätige Zusammenarbeit von ungezählten Delegierten gebracht habe, sei der beste Beweis für die Erfüllung des neuen internationalen Lebens.

Die politischen Fragen

Der erste Tag der Rats-tagung läßt trotz des ungewöhnlich ruhigen Auftretes bereits erkennen, daß auch diesmal die Weiterbehandlung der politischen Punkte der Tagesordnung zunächst ein Ringen eingeleitet hat.

Zwei Fragen stehen im Vordergrund des Interesses, die Szent-Gothard-Affäre und der polnisch-litauische Konflikt, der durch die abschließende Zustimmung der polnischen Note wegen Wilna an die Ratsmitglieder eine Verschärfung zu erhalten schien. In dieser Frage wird sich der Rat auf eine erneute und dringlichere Empfehlung zur Pflege direkter Verhandlung beschränken. Die Szent-Gothard-Affäre dürfte in der für heute angelegten Geheimhaltung zu erheblichen Auseinandersetzungen führen, da der Bericht des Dreierausschusses bei der Kleinen Entente auf entschiedenen Widerspruch stößt.

Die Abfindungsfrage in Hessen

Wie die hessische Amtliche Pressestelle mitteilt, wird die hessische Regierung dem Landtag in der am heutigen Montag beginnenden Tagung eine Vorlage über die endgültige Abfindung des ehemals in Hessen regierenden Fürstenhauses unterbreiten.

Die Vorlage ist das Ergebnis einer Übereinkunft zwischen der Regierung und dem Fürstenhause. Sie erneuert die Vereinbarung vom 5. Mai 1919, die seinerzeit wegen nachträglich aufgetretener Meinungsverschiedenheiten nicht zur Durchführung gelangt war. Danach anerkennt der ehemalige Großherzog das freie Eigentum des Staates an den Domänen, Forsten und landwirtschaftlichen Gütern im Gesamtwert von 200-300 Millionen, ebenso das Eigentum des Staates an großen öffentlichen Sammlungen, dem Landesmuseum und der Landesbibliothek. Die Leistung des Staates an den ehemaligen Großherzog wird auf acht Millionen Reichsmark festgesetzt, die in Gestalt einer Amortisationsrente im Verlauf von 20 Jahren getilgt werden sollen. Sinzu tritt als Abfindung für noch unbefristete Leistungen die Zahlung einer halben Million Reichsmark.

Vom Finanzausschuß des hessischen Landtages wurde am Montag der Gesetzentwurf behandelt. Nach lebhafter Aussprache wurde die Regierungsvorlage mit 6 gegen 5 Stimmen bei 2 Stimmenthaltungen abgelehnt. Gegen den Gesetzentwurf stimmten die Kommunisten und die Sozialdemokraten, das Zentrum, die Deutsche Volkspartei und die Demokraten. Trotz der Ablehnung der Vorlage im Finanzausschuß herrscht in politischen Kreisen die Meinung, daß bei der Endabstimmung im Landtag die Vorlage mit einer knappen Mehrheit angenommen werden wird.

Streik in der Bialystoker Textilindustrie. Die Arbeiter in der Bialystoker Textilindustrie (Polen) haben beschlossen, am heutigen Montag in den Streik zu treten.

scheinen genug Anhaltspunkte für eine klangliche Charakteristik gegeben. Was ist überhaupt das Grundmotiv, an das die tragische Novelle immer und stets wieder rührt? Es ist das magische Wort „Liebe“, in eine Alt-Baduaner Umgebung hineingezaubert und natürlich von einem sehr fatalen Konflikt begleitet, dessen Konstruktion den Tod der beiden Liebenden erfordert. „Wie schön ist die Herzogin von Babua“ Klingt's im ersten Akt, vom zweiten bis zum fünften Akt folgt dann in dynamischer Steigerung die Variation des Themas. Die weiße Keuschheit und garie Schönheit wird auch in ihrer Umkehrung gezeigt, wenn dem lobenden Willen des Leibes nicht Genüge geschieht. Von ferne juckt die andere Hälfte der Frau auf, die wir von der Salome her kennen. Der Dämon des Leibes erwacht und liefert den Geliebten sogar den Schergen aus, freilich nicht mit jener Impulsivität der Leidenschaft, welche Salome das Haupt des Prophezen entzangen läßt, sondern mehr aus geistlicher Überlegung und kalter Berechnung, weshalb nachher dem Sühnetod jede zermalmende Bucht und jede spannende Dramatik fehlt. Noch mangelt überdies dem jungen Wilde die Kraft, solch Ungeheures in tragischer Reife zu schildern. Man merkt's der bleichmangigen Herzogin an, man fühlt's besonders bei ihrem Liebhaber, der allenfalls wie ein richtiger Operntenor sich benimmt, aber weder ein Mann noch ein Märtyrer seiner Liebe ist. Man hat für den armen, jugenfernen Durschen nicht einmal viel Mitleid übrig; ist er schon nicht fähig, dem Eid gemäß seinen gemordeten Vater zu rächen, dann verdient er auch kaum die Liebe der Herzogin und hat somit kein Recht, diese, die für ihn die Ausführung der Tat übernimmt, mit fälscher Geschwätzigkeit zu quälen. Da scheint das männliche Korrelat zu dieser rätselhaften Frauengefalt denn doch weit vorgehend in dem Herzog selbst verkörpert, einem dunklen, farlosigen Barbaren, der als Herzog zwar mikraten, aber gleichwohl ein souveräner Herrenmenschen bleibt; nur schade, daß seine ähne Ironie schon im dritten Akt abdrückt und die dialektische Juxtaposition des Konflikts den andern überläßt. Auch in der Oper wird's meistens langweilig, wenn in die Zwieselfänge von Sopran und Tenor sich nicht mehr ein kraftvoller Variation mischt....

Die Aufführung hatte es folglich nicht leicht, solche verjäherte Typen noch einigermaßen warm zu halten, und wenn

Badischer Teil

Badischer Landtag

23. Karlsruhe, 4. Juni.

Seit langem erscheint nach seiner Genesung erstmals wieder der Chef der Zentrumsfraktion, Prälat Dr. Schöfer, im Saal, von allen Seiten herzlich begrüßt. Präsident Dr. Baumgartner teilt mit, daß Abg. Schred (Komm.) sein Mandat niedergelegt hat. — Ferner gibt er Schreiben bekannt, wonach sich

Die Bürgerliche Vereinigung aufgelöst

und sich eine deutschnationale Fraktion gebildet hat, während sich die Abg. von Au, Kläiber und Hermann zu einer Gruppe der Wirtschaftspartei zusammengeschlossen haben, deren Vorsitz der Abg. Kläiber führt.

Der Abg. von Au erklärt außerdem seinen Verzicht auf den bisher innegehabten zweiten Vizepräsidentenposten. Über die Neubewerben werden zunächst die Fraktionen beraten, ebenso über die nötig werdende Verchiebung in den Ausschüssen.

Abg. Bod (Komm.) macht zur Geschäftsordnung erneut den Anspruch der Kommunisten auf Sitz und Stimme in den Ausschüssen geltend.

Der Präsident erinnert an den vom Landtag beschlossenen Verteilungsschlüssel. Die Sache soll aber nochmals im Vertrauensmännerausschuß erörtert werden.

In der sechswöchigen Pause ist die Zahl der Eingänge

wiederum beträchtlich angewachsen. Es liegen Anträge der Volkspartei und Kommunisten zum Staatsvoranschlag vor. Das Justizministerium hat einen Antrag zur Denkschrift über die Fürsorgeerziehung vorgelegt, ferner eine Verordnung zum Vollzug des Gesetzes über die mangelbaren Bezüge der Notare. Die Ziffer der neuen Gesuche erreicht 47. Der Gemeinderat Engen wurde wegen Errichtung eines Amtsgerichts in Engen am Hohentwiel vorstellig.

Vor Eintritt in die Tagesordnung beantwortet Oberregierungsrat Dr. Keller eine kurze Anfrage der Volkspartei wegen Unterstufung der am 29. April von Unwetter heimgesuchten Gemeinden an der badisch-hessischen Grenze, insbesondere Landenbachs, dahin, daß Anträge auf Gewährung von Geldbeiträgen beim Bezirksamt Weinheim gestellt werden können. Ob und inwiefern geholfen werden kann, lasse sich erst später feststellen.

Abg. Dr. Oskier (D. Sp.) berichtet darauf über die Mandatsniederlegung des komm. Abg. Paul Schred, für den der Vortrangestellte Stefan Heymann (Mannheim) in den Landtag eintritt.

Das Haus wendet sich dann der

Veratung des Staatsvoranschlags für 1928/29

zu. Abg. Weismann (Soz.) berichtet über Hauptabteilung I

Landtag

und beantragt Genehmigung.

In der Aussprache nimmt als erster der volksparteiliche Abg. Dr. Oskier das Wort. Er will heute nicht das große Problem des Parlamentarismus und der Verfassungsreform aufrollen. Es sei aber Tatsache, daß das Volk draußen heute nicht mehr das geringste Interesse an den Verhandlungen des Landtags habe. Es bestehe die Gefahr, daß die Beteiligung an zukünftigen Wahlen immer schwächer werde. Wir müssen nach den Ursachen dieser Zustände forschen und auf Abhilfe sinnen. Der Ausgangspunkt des Landtags sei bedeutend kleiner geworden. Früher hätten im Plenum grundsätzliche Auseinandersetzungen das Ohr der Öffentlichkeit gehabt. Heute zumeist der Landtag in Permanenz, die Entscheidungen fielen indessen in den Ausschüssen. Nachdruck spreche in einer Abhandlung über den Parlamentarismus von einer Scheinbeteiligung bei den Plenarverhandlungen, zu denen die Parteien mit gebundener Marschroute kämen. Der Redner folgert: Fort mit den Länderparlamenten, fort mit der Fiktion der Eigenstaatlichkeit. Er fährt dann fort: Es ist notwendig, daß die Öffentlichkeit durch objektive Berichte über die Ausschüsse unterrichtet wird. Durch weise Selbstbeschränkung müsse der Landtag dahin kommen, in 2 bis 3 Monaten mit seinen Arbeiten fertig zu werden. Der Redner übt in diesem Zusammenhang Kritik an der Geschäftsbehandlung. Er beschwert sich, daß es bisher nicht möglich war, eine Aussprache über die große Etatsrede des Finanzministers vom 24. Januar herbeizuführen. Der Redner stellt weiter die Forderung auf Abänderung der Verfassung (§ 46) in der Richtung, daß der Landtag ohne Volksabstimmung aufgelöst werden kann, zu dem Zwecke, die Wahlen gleichzeitig mit den Reichstagswahlen vorzunehmen, und damit eine größere Wahlbeteiligung, aber auch eine Kostenersparnis zu erzielen. Erwünscht

sie auch von den 2550 Versen resolut einige hundert wegstrich, konnte sie doch nicht verhindern, daß trotz aller dichterischer Qualitäten das Ganze eher als ein Exempel für gekünstelte Unschicklichkeit abschreide. Um der Gerechtigkeit willen sei aber noch zugegeben, daß solches Ganges und Vanges in schwebender Reim, selbst wenn es statt 5 Alte nur 5 Szenen lang gedauert hätte, ebenso unerträglich gewesen wäre. Wir danken also Felix Baumbach für den Mut, den bisher kein anderer Theaterdirektor aufgebracht hat, und wir sind auch objektiv genug, seinen Schauspielern anzuerkennen, daß so, wie sie zuweilen das sprachlich Gestaltungsfähige heraus-halten, das vorgelegte Redestück doch nicht ohne weiteres als Nieten zu bezeichnen war. Via Miteus voran, schuf die Hauptfigur tief aus ihrem wunderbaren Wissenszweispalt heraus, der bald liebt und zugleich nicht liebt, der trotz der Klüden steif hält und schließlich doch in Mitleid hinsinkt. Auch Waldemar Leitgeb suchte die große Verdingmommenheit, wie sie die bildreiche Weichlichkeit des Guido-Charakters kundtut, auf ein menschlich annähernd fahbares Maß zurück-zuschrauben. Und das war gar nicht so einfach bei dieser auf tränende Mühseligkeit fixierten Figur! Eine volle Leistung bot Stefan Dahlen, nicht nur, weil er als Herzog ein vorzüglicher Vöfengewicht war, sondern weil er die Maske eines Scheujals auch so trug, daß man ihm glauben konnte, wie wohl er sich gerade als Scheujal fühlte. Das übrige Personal komplettierten u. a. Ulrich v. der Trend, Paul A. Schulze mit bestem Willen. Torsten Rechts schwarz-weiß stilisierter Hintergrund war zu wenig den realen Vorgängen angepaßt und zog in seinem stark expressionistischen Geschmacksfinden noch deutlicher den Trennungstrich zwischen heute und gestern. Das Publikum verhielt sich dieser Formensprache einer vergangenen Epoche gegenüber mit taufendfachem Recht sehr resigniert; gab es schließlich einigen Applaus, so war er nicht etwa der bühnlichen Wirkung des Werkes, sondern lediglich den Darstellern zu danken. S. Sch.

Gründung eines badischen Brudner-Bundes. In Freiburg wird nächster Tage die Gründungsversammlung des badischen Landesverbandes der Brudner-Gesellschaft (Sitz Leipzig) statt-finden.

wäre schließlich die Verminderung der Zahl der Abgeordneten, worunter allerdings die kleinen Parteien am meisten zu leiden hätten.

Abg. Dr. Schuler (Zentr.) tritt dem Vorredner entgegen. Beim Kapp-Putsch wäre Deutschland nicht zu retten gewesen, wenn nicht die Länder bestanden hätten. Der Redner betont den unschätzbaren Kulturwert der eigenstaatlichen Länder. Die Zentralisierung in Berlin wäre ein Verhängnis und würde große politische Gefahren heraufbeschwören helfen. Wir haben, so fährt Dr. Schuler fort, einen großen Teil von Deutschen, die durch die Weimarer Verfassung von 1919 nicht zum Reich gehören. Die Entwicklung, daß jene zu uns kommen, würde durch das vom Abg. Obkircher empfohlene Vorgehen gehemmt. Wir lassen uns nicht zu einer Provinz degradieren und werden immer für die Rechte unserer badischen Heimat eintreten. Das mangelnde politische Interesse führt der Redner auf den materialistischen und auf Sport und Spiel gerichteten Zeitgeist, die heillose Parteispaltung auf den politischen Unverstand weiter zurück. Das Zentrum sei mit dabei, die Zahl der Abgeordneten zu vermindern und auch die Ausschüsse zu verkleinern; es begrüße ebenso eine rationellere Arbeitsweise. Im Landtag erblicke man auf seiner Seite eine gute Schule der politischen Bildung, an die der Reichstag nicht hinreicht, weil ihm die Identität der Heimat fehle. Wir sind und bleiben treue Deutsche und verfolgen dabei eine Politik, die alle Deutsche unter einer Fahne einigen will.

Abg. Dr. Marum (Soz.) führt aus, daß der Landtag und die Landtagsarbeit reformbedürftig sind, dessen sind wir alle einig. Der Streit besteht nur darüber, wie das gemacht werden soll. Wir denken an den Vorschlag, die Redezeit bei den Debatten im Klement zu kontingentieren. Auch wir wären mit kleineren Ausschüssen zufrieden gewesen. Der Redner weist darauf hin, daß sich seit 1918 in der Arbeit der Parlamente eine Wandlung vollzogen habe. Sie stellen heute die tatsächliche Regierung dar. Der sozialdemokratische Sprecher nimmt dann Stellung zu der Frage „Liberalismus - Unitarismus“. Zentralismus und Unitarismus dürften nicht gleichgesetzt werden. Er bekenne sich als Unitarist, wehre sich aber dagegen, als Anhänger einer zentralistischen Verfassung angesehen zu werden. Das Weimarer Programm erkläre sich für eine vernünftige Gliederung und Organisation des Reiches, das sich heute nicht den Luxus der Doppelverwaltung leisten könne. Wir wollen, daß der Aufgabenkreis von Reich, Land und Gemeinden angesetzt und eine reinliche Trennung der Gewalten erfolgt. Die Angst vor Preußen geht mit der Zeit etwas ins Lächerliche. Wir sind für den Einheitsstaat auf der Grundlage der dezentralisierten Selbstverwaltung. Die Bürokratie dürfe keinen Einfluß auf die Geschicke des Volkes haben.

Abg. D. Mayer-Karlsruhe (Dnt.) stimmt dem Abg. Obkircher in dem auf die Gründe der Wahlmüdigkeit zu, ferner auch darin, daß unsere Eigenstaatlichkeit eine kümmerliche sei. Wir wollen, so fährt er fort, ein starkes, geschlossenes Reich. Andererseits sind wir der Auffassung, daß eine Erhöhung und Stärkung der Verantwortlichkeit und des Verantwortungsbewußtseins der Länder und Gemeinden sehr nützlich sein wird, namentlich für die Maßnahmen auf dem Gebiete der Finanz- und Wirtschaftspolitik. Die Landtagsausschüsse könnten kleiner werden. Den besten Ausweg sieht der Redner in einem modern aufgezogenen Zweikammersystem.

Abg. Bod (Komm.) erblickt im Reichstag die Geschäftsführung der kapitalistischen Mächte. So stehe es auch mit den Einzelmandaten.

Abg. Dr. Wolfhard (Dem.) kritisiert das badische Wahlgeseh, bei dem die kleinen Parteien unter die Räder gekommen seien. Seine schon früher geäußerten Bedenken hätten sich als zutreffend erwiesen. Der Redner setzt sich für den Einheitsstaat ein.

Abg. Ritter (Unter Komm.) spricht von einer Mißachtung des bürgerlichen Parlaments, die bei den Wahlen in der Erscheinung getreten sei.

Abg. Obkircher (D. Vp.) stellt fest, daß er nicht die erst für das Finanzministerium vereinbarte politische Aussprache herbeiführen, sondern lediglich die Mißstände des Landtags erörtern wolle. Dabei sei er zu dem Schlusse gekommen, daß Eigenstaatlichkeit und Parlament aufzuheben seien. Insofern habe er allerdings das große Problem der Verfassungsreform gestreift.

In einem Schlußwort erklärte Abg. Weismann gegenüber dem Abg. Obkircher: Wenn die Tagungsabschnitte nicht strikte eingehalten werden könnten, so waren daran bekanntlich die Reichstagswahlen schuld. Über die Verhandlungen der Ausschüsse werde heute in der gesamten Parteipresse berichtet.

Es wird sodann der Etat des Landtags samt dem dazu gehörigen Personalanhang gegen die 4 kommunistischen Stimmen angenommen.

Nächste Sitzung Dienstag vorm. halb 10 Uhr. Tagesordnung: Wahl des 2. Vizepräsidenten. Fortsetzung der Budgetberatung. Schluß 1/8 Uhr.

D. Karlsruhe, 5. Juni.

Zu Beginn der Sitzung teilt Präsident Dr. Baumgartner folgende Beschlüsse des Vertrauensmännerrats mit:

Kontingentierung der Redezeit

Für die Generaldebatte zu den einzelnen Ministerien wird die Redezeit kontingentiert werden, und zwar erhalten die kleinen Gruppen 1 Stunde, die mittleren Fraktionen 1 1/2 Stunden, die Sozialdemokraten 2 Stunden, das Zentrum 2 1/2 Stunden.

Für die Einzelberatung ist für den einzelnen Redner 1/2 Stunde vorgesehen.

Gegen diese Maßnahme erhebt Abg. Bod (Komm.) Widerspruch. Seine Gruppe werde sich an die Abmachungen nicht halten.

Einpände machen auch die Abg. Dr. Obkircher (D. Vp.) und D. Mayer-Karlsruhe (Deutschn.) geltend, ohne aber zur Ablehnung zu kommen.

Abg. Dr. Schuler (Ztr.) meint, man sollte es mit der vorgeschlagenen Regelung einmal probieren und die Beschlußfassung vorerst aussetzen.

Abg. Dr. Marum (Soz.) sieht nicht ein, weshalb man nachgeben sollte.

Das Haus stimmt dann dem Vorschlag des Vertrauensmännerrats mit allen gegen 7 Stimmen (Kommunisten und Wirtschaftspartei) zu.

Zur Geschäftsleitung

bemerkt der Präsident, daß nach Erledigung des Vorschlags des Staatsministeriums diese Woche noch der Etat des Innenministeriums in Angriff genommen werden soll.

Morgen, Mittwoch, soll bis nachmittags 3 Uhr getagt werden. Auch am Freitag und Samstag will man Plenarsitzungen abhalten, dagegen die kommende Woche sitzungsfrei lassen zum Zwecke von Ausschüßberatungen.

Es folgt die

Wahl des zweiten Vizepräsidenten.

Gewählt wird mit 57 von 61 abgegebenen Stimmen der deutschnationale Abg. Habermehl. 3 Stimmen fielen auf den Kommunisten Bod, ein Zettel war weiß.

Das Haus setzt darauf

die Staatsberatung

beim

Voranschlag des Staatsministeriums

fort, worüber Abg. Geurich (Ztr.) Bericht erstattet. (Über den Verlauf der Ausschüßberatungen sind unsere Leser bereits unterrichtet worden.)

Abg. Klüber (Wirtschaftspartei) wünscht Auskunft über das Schicksal eines Antrages betr. Schutzgollpolitik.

Abg. Glöckner (Dem.) wendet sich als zweiter Vorsitzender des Haushaltsausschusses gegen die vom Vorredner an der Geschäftsberatung des Ausschusses geübten Kritik. Staatspräsident Dr. Kemmele bittet, die Schutzgollfrage beim Etat des Innern zu behandeln.

Abg. D. Mayer-Karlsruhe (Deutschn.) bringt einen Fall zur Sprache, wonach das Staatsministerium einem Justizbeamten das Auftritte in eine höhere Stelle verweigert habe. Der Beamte sei Angehöriger einer rechtsabitalen Organisation gewesen, seit deren Auflösung aber politisch nicht mehr betätigt.

Abg. Redleiter (Komm.) fordert Streichung des Aufwands-geldes für die Mitglieder der Regierung, Befreiung der Staatsräte und Aufhebung der Berliner Gefandtschaft.

Abg. Dr. Obkircher (D. Vp.) begründet den Antrag seiner Fraktion, die Regierung wolle bei der Reichsregierung dahin wirken, daß die Landesgefandtschaften als nicht mehr zeitgemäß aufgehoben werden. Ferner wird beantragt, ein Gutachten des Reichsparparlamentarikers über die Möglichkeit der weiteren Vereinfachung der Staatsverwaltung einzuholen. Es müßten alle Mittel angewendet werden, um eine systematische Steuerentlastung herbeizuführen. Auch der Gedanke müsse erwoget werden, ob sich nicht unter Land mit einem Präsidenten an der Spitze und Ministerialdirektoren für die einzelnen Ministerien begnügen könnte. Den Sparparlamentariker nach Baden kommen zu lassen, sei keine Schande und auch nicht kostspielig.

Abg. Bauer (D. Vp.) führt aus: Wir sind der Auffassung, daß der Beamte rückhaltlos auf dem Boden der Verfassung stehen muß. Es müssen ihm aber auch die Rechte der Verfassung zuerkannt werden. Ihn wegen seiner politischen Gesinnung und Betätigung zu beaufichtigen, wäre ein Unrecht. Für seine Zugehörigkeit zum Stahlhelm kann ein Beamter nicht zur Rechenschaft gezogen werden. Wir wollen den Beamten lediglich nach seiner Tätigkeit, Leistung und Persönlichkeit beurteilt wissen.

Abg. Mayer-Heidelberg (Soz.) meint zur Beamtenpolitik, einen Vorwurf müsse man den Parteien der Weimarer Koalition machen, daß sie viel zu nachsichtig gewesen seien. Weiter bemerkt der Redner, die badische Gefandtschaft sei ihrem Wesen und der Arbeit nach heute etwas anderes, als die frühere badische Gefandtschaft. Über eine Änderung des Ziels ließe sich reden, den Reichsparparlamentariker zu rufen, lehnen wir ab, denn die Überprüfung durch einen „beidseitigen Vizepräsidenten“ widerspricht uns. Im Landtag selbst müsse man sich stark machen, um zu sparen, wo wirklich gespart werden kann. Die Abgeordneten dürften sich nicht von Populärheitssehnsücherei beeinflussen lassen.

Abg. Dr. Föhr (Zentr.) wendet sich gegen die Befreiung der Berliner Gefandtschaft. Wir müßten alles vermeiden, um ihr Ansehen herabzumindern. Wir brauchen eine Vertretung in Berlin, die unsere wirtschaftlichen Interessen vertritt und Zutritt zu den Reichsministerien hat. Wir werden alle Maßnahmen unterstützen, die den Einfluß der badischen Vertretung in Berlin zu steigern vermögen. Der Redner betont die Zweckmäßigkeit der Anhörung des Sparparlamentarikers, der doch die Verhältnisse in Baden nicht kenne. Am Willen zum Sparen fehle es beim Zentrum nicht.

Abg. D. Mayer-Karlsruhe (Deutschn.) ist für Beibehaltung der Landesgefandtschaften. Wenn wir den Sparparlamentariker kommen lassen, so würde dabei für uns wohl nicht viel herauskommen. Vielleicht könnten die Respektive der Staatsverwaltung zweckmäßiger eingruppiert werden, um so einen Verlauf zu vermeiden. Auch sei zu prüfen, ob sich nicht die Zahl der Ministerien auf drei reduzieren läßt. Wir werden gegen die Tagesgeber für die Staatsräte stimmen.

Abg. Hofheinz (Dem.) will an der jetzigen Struktur des Staatsministeriums festhalten, solange nicht grundsätzliche Änderungen für das ganze Reich im Sinne des Einheitsstaates durchgeführt werden. Auch in der Frage der Gefandtschaft halten wir nicht für zweckmäßig, daß ein einzelnes Land vorgeht. Hier wäre der Weg der Vereinbarung der Länder untereinander am Platze. Eine Vertretung in Berlin werden wir stets haben müssen, aber sie wird von ganz anderem Charakter sein. Den Ruf nach dem Sparparlamentariker halten wir für verfehlt. Der Redner setzt sich im übrigen nachdrücklich für den Gedanken der Vereinheitlichung, besonders auf dem Gebiete des Steuerwesens, ein. Mit dem heutigen Neben- und Durcheinander müsse in Bälde gebrochen werden.

Abg. v. Au (Wirtschaftspartei) unterstützt den volksparteilichen Antrag betr. den Sparparlamentariker. Es handle sich darum, daß der Sparparlamentariker in alle Länder hineinleuchtet, Erfahrungen sammelt und dann zweckentsprechende Anregungen gibt. Die Möglichkeit zum Sparen sei noch nicht erschöpft. Der Antrag betr. die Gefandtschaften findet bei uns grundsätzliche Verständnis; wir sehen aber Schwierigkeiten in seiner praktischen Durchführung und enthalten uns deshalb der Stimme.

Der Abg. Dr. Obkircher setzt sich im Schlußwort hauptsächlich mit dem Zentrum auseinander.

In der Einzelberatung

werden sowohl die kommunistischen Streichungsanträge wie auch die beiden Anträge der Volkspartei abgelehnt.

Der Voranschlag des Staatsministeriums wird gemäß den Ausschüßbeschlüssen genehmigt.

Es folgt die

Beratung des Voranschlags des Ministeriums des Innern. Zunächst erstattet Abg. Dr. Föhr (Zentr.) seinen Teilbericht. Um 1 Uhr verläßt sich das Haus auf nachmittags 1/4 Uhr.

Wieder eine deutschnationale Fraktion

Die Fraktion der Deutschnationalen Volkspartei im badischen Landtag teilt mit:

„Auf Grund verschiedener Vorgänge anläßlich der Reichstagswahlen hat der Landesvorstand der Deutschnationalen Volkspartei sich am Donnerstag, den 31. Mai, die Frage vorgelegt, ob es weiterhin noch tragbar sei, die Arbeitsgemeinschaft mit der Bürgerlichen Vereinigung im Landtag noch aufrecht zu erhalten. Der Gegenstand der Wirtschaftspartei gegen alle große Parteien, auch gegen die Deutschnationale Volkspartei, ist im letzten Wahlkampf von den Vertretern der Bürgerlichen Vereinigung auch in Baden so scharf betont worden, daß der Landesvorstand der Deutschnationalen Volkspartei einstimmig die Auflösung der Bürgerlichen Vereinigung verlangt. Vorbehalten wurde eine befriedigende Erklärung, die aber nicht erfolgte. Infolgedessen haben wir die Bürgerliche Vereinigung aufgelöst. Die deutschnationalen Abgeordneten und die zwei Abgeordneten des Landtags, die schon von jeher der Deutschnationalen Volkspartei angehört, haben sich als Fraktion der Deutschnationalen Volkspartei im Landtag zusammengeschlossen.“

Neue Gesuche

Unter den in der letzten Zeit dem badischen Landtag zugegangenen Gesuchen befinden sich eine größere Anzahl von Beamtenorganisationen usw. zur Befoldungsordnung, zum Stellenplan und zum Staatsvoranschlag. Andere Gesuche haben die Erteilung von Aufträgen an die badische Pflastersteinbetriebe und das Grund- und Gewerbesteuergesetz zum Gegenstand. Die Stadt Pforzheim erbittet einen Staatszuschuß für ihr Theater, die Gemeinde Garbheim einen Staatszuschuß für ein neues Schulhaus. Die Arbeitsgemeinschaft der Karlsruher Jugendbünde hat eine Eingabe zur Erhaltung der Gesundheit der Jugend ausgearbeitet und unterbreitet.

Technische Hochschule Karlsruhe

Die Zahl der Studierenden an der Technischen Hochschule in Karlsruhe beläuft sich im Sommersemester 1928 auf insgesamt 1332, einschließlich 122 Hörer. Am stärksten belegt ist die Abteilung für Maschinenwesen mit 368 Studierenden. Von den deutschen Ländern stellt naturgemäß Baden das größte Kontingent mit 658 Studierenden. Bayern ist mit 61 vertreten. Ausländer deutscher Herkunft sind 42 Studierende, sonstige Ausländer 125.

Das Schluchseevert

Abd. Neustadt a. d. S., 4. Juni. Am Samstag fand hier unter dem Vorsitz des Landrats Rothmund, Mosbach, und unter Teilnahme der Vertreter der technischen Behörden des Badenwertes und der Reichsbahn, sowie aller derer, die am Bau des Schluchseevertes interessiert sind, eine Sitzung statt, in der der Entwurf der Entschließung des Bezirksrat Neustadt über die Veranlagung des Wassernutzungsrechtes an das Badenwert besprochen wurde. Berücksichtigt wurden ferner verschiedene wichtige Vorschläge der Titiseenanlieger. Am Schluß der Aussprache wurde festgestellt, daß die größte Zahl der Einsprecher ihre Einsprüche zurückgezogen haben und daß nur noch ganz wenige sie aufrecht erhalten. Der Bezirksrat Neustadt wird darüber zu entscheiden haben, ob die Einwände gegen dieses Projekt so schwerwiegend sind, daß die Genehmigung dazu zu versagen ist.

Vom Bau der Stauffuse Heidelberg

Abd. Heidelberg, 5. Juni. Die Bauten an der Stauffuse Heidelberg haben in der letzten Zeit ganz wesentliche Fortschritte gemacht. Nunmehr steht fest, daß die Eisenbahndirektion beabsichtigt, die Eisenbahnanlagen am Karlstor um 300 bis 400 Meter zu verlängern. Bereits im Juli soll der Schiffsverkehr durch die Schleusen geführt werden. Auch die „Dungerfelsen“ unter dem Wasserpiegel werden bis dahin gesprengt und befreit sein. Noch im Laufe dieser Woche wird mit den Bauarbeiten der rechtsseitigen Ufermauer begonnen.

Vorarbeiten für die Autostraße Frankfurt-Mannheim

Abd. Mannheim, 4. Juni. In einer in Frankfurt a. M. abgehaltenen Sitzung des Vereins zur Vorbereitung des Baus der Autostraße Hamburg-Frankfurt-Basel wurde die Absicht kundgetan, den Bau der Teilstrecke Frankfurt-Mannheim-Heidelberg sobald wie möglich seiner Verwirklichung zuzuführen, nachdem das Reichsverkehrsministerium gegen die Erstellung reiner Autostraßen keine prinzipiellen Bedenken hegt. Die Nordbadische Autostraßen-G.m.b.H., die die Straße Mannheim-Heidelberg bauen will, gliedert sich der Safraba an.

Kurs im Rettungsschwimmen

Im Monat April hat Badmeister Langenstein, Lehrschwimmer der Deutschen Lebensrettungsgesellschaft, zwei Kurse im Rettungsschwimmen für Angehörige des Karlsruher Rettungsvereins abgehalten. Neunzehn Teilnehmer legten die Prüfung für den Grundschein und zwei für den Prüfungsschein der Deutschen Lebensrettungsgesellschaft ab.

5 Prozent Dividende der Heidelberger Straßenbahn. Die Heidelberger Straßenbahn wird auch für das Geschäftsjahr 1927 eine Dividende von 5 Prozent wie im Vorjahre verteilen.

Aus der Landeshauptstadt

Verkehrsstörung. Am 4. Juni, kurz vor 18 Uhr, wurde in der Nähe des Bahnhofes Riefers ein eiserner Überlandträger durch den heftigen Gewittersturm umgerissen und auf den Bahnkörper geworfen. Dadurch waren im Bahnhof Riefers beide Hauptgleise der Mühlader Strecke etwa zwei Stunden gesperrt. Hilfe zur Behebung des Verkehrshindernisses war alsbald zur Stelle. Der durchgehende Verkehr wurde teils durch Kraftwagen, teils durch Umsteigen aufrechterhalten. — Wie weiter gemeldet wird, stürzte der Mast wenige Sekunden, nachdem der fällige Schnellzug D 60 Stuttgart-Karlsruhe die Stelle passiert hatte, auf das Gleis. Wenige Augenblicke vorher hätte dieser Unfall zu einem gar nicht zu übersehenden Unglück führen müssen.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	5. Juni		4. Juni	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam 100 G.	163.71	163.65	163.61	163.95
Kopenhagen 100 Kr.	112.14	112.36	112.10	112.32
Italien . . . 100 L.	22.02	22.36	22.01	22.05
London . . . 1 Pf.	20.925	20.965	20.388	20.428
New York . . 1 D.	4.1790	4.1870	4.1745	4.1826
Paris . . . 100 Fr.	16.425	16.465	16.41	16.45
Schweiz . . . 100 Fr.	80.56	80.72	80.48	80.64
Wien 100 Schilling	58.81	58.93	58.755	58.875
Prag . . . 100 Kr.	12.387	12.407	12.275	12.395

Lernt Auto fahren

in der Fahrschule der

bad. Kraftverkehrsgesellschaft m. b. H.

Gottessauerstr. 6 KARLSRUHE Tel. 5149 u. 5449

werden Sie als Berufsfahrer oder Herren-

fahrer (auch Damen) auf Benz-Personen-

und Lastkraftwagen sowie Kraftträdern

gewissenhaft und gründlich von erprobtem

Lehrpersonal ausgebildet — Kursbeginn

und Anmeldung jederzeit

Stiftung. Der Präsident des Badischen Volksfestvereins New York, der in diesen Tagen in unserer Stadt weilte, hat dem Oberbürgermeister den Betrag von 500 M für einen guten Zweck überreicht. Die Spende wurde dem Waisenhaus zugewiesen.

Knielinger Pferderennen. Die Rennen in Knielingen bei Karlsruhe boten am Sonntag einen vorzüglichen Sport. Der Besuch war bedeutend besser als sonst. Die badische Regierung war durch Staatspräsident Dr. Remmle und den Referenten für Pferdebau Dr. Kemmle und den Oberregierungsrat Neu, vertreten. Am das Hauptrennen, den Preis von Karlsruhe, rangen 12 Pferde. Erster wurde in diesem Rennen, das über 2500 Meter ging, „Selmet“.

Frennmann wieder Handwerkskammerpräsident. In der Vollversammlung der Handwerkskammer Karlsruhe wurde Herr Ed. Frennmann, Bruchsal, einstimmig wieder zum Präsidenten der Handwerkskammer gewählt.

Umtauschkarten der Plakmieter. Um die Plakmieter vor Verlusten von Vorstellungen zu bewahren, an deren Besuch sie verhindert sind, besteht seit zwei Jahren die Einrichtung des Umtausches für eine Karte zu einer anderen Aufführung des veräußerten Werkes. Viele solcher Umtauschkarten sammeln sich zum Teil infolge Unterbleiben weiterer Aufführungen desselben Werks, häufiger aber infolge eigener Verzögerung des Umtausches durch die Plakmieter. Zum Zeichen weitestgehenden Entgegenkommens ist das Landestheater bereit, die noch ausstehenden Umtauschkarten auch von Vorstellungen, die im Neft der Spielzeit nicht mehr kommen werden, für andere Vorstellungen gelten zu lassen.

Wetternachrichten der Bad. Landeswetterwarte Karlsruhe. Die durch kräftige Einstrahlung und Zufuhr von Warmluft aus Südwest bedingte starke Überwärmung der unteren Luftschichten (Höchsttemperatur in der Ebene 27 Grad) führte in Nordbaden gestern nachmittags zur Bildung von Wärmegewittern, die stellenweise zu ergiebigen Regenfällen begleitet waren (Karlsruhe 31 Liter pro Quadratmeter). Im Süden kam es nur zu leichteren Regen, ohne Gewitter. Die Tiefdruckrinne, in die mehrere Teilwirbel eingelagert sind, erstreckt sich jetzt in westöstlicher Richtung über das Festland. Unter ihrem Einfluß haben wir auch heute morgen noch trübes Wetter mit Regen. Über England und Nordwestdeutschland ist der Hochdruckrücken wieder hergestellt und wandert nach Südosten. Nach einzelnen Gewitterregen steht daher wieder Besserung in Aussicht. **Wetterausichten für 6. Juni:** Zunächst noch vereinzelt Gewitterregen, später auflockernd, Temperaturen wenig verändert.

Kurze Nachrichten aus Baden

D3. Mannheim, 4. Juni. Ein 35 Jahre alter Kraftwagenführer fuhr am Samstag mit einer Zugmaschine und zwei mit Kies beladenen Anhängerwagen durch die Neckarau- und Gartenfeldstraße in Richtung Rhein. Da er angetrunken war, war er nicht mehr in der Lage, sein Fahrzeug sicher zu steuern. Er wurde deshalb von einem Polizeibeamten vorläufig festgenommen. Mehrere in der Nähe beschäftigte Arbeiter packte dies nicht; sie roteten sich daraufhin zusammen, bewarfen die einschreitenden Polizeibeamten mit Steinen und drangen mit Knüppeln auf sie ein. Dem festgenommenen Kraftwagenführer gelang es, sich in dem entstandenen Handgemenge zu befreien und die Flucht zu ergreifen. Die Rädel führer konnten von der Polizei festgenommen werden. Auch der entwichene Kraftwagenführer wurde ermittelt und wieder festgenommen.

D3. Freiburg i. Br. 2. Juni. Zur Fertigstellung der noch fehlenden Hochbauten der Universitätsparkanlage bewilligt die Stadt einen Beitrag von 50 000 Reichsmark. Die Einfriedigung des Sportplatzes wird nach Plänen des städtischen Gartenamtes erfolgen. Die Anlage soll der Stadtverwaltung auch für anderweitige Sportzwecke oder sonstige Veranstaltungen zur Verfügung gestellt werden.

D3. Kappel bei Freiburg, 2. Juni. Der Betrieb der Schwarzwälder Erzbergwerke in Kappel ist seit einiger Zeit stillgelegt, die etwa 200 Mann starke Belegschaft wurde entlassen. Zwischen der Belegschaft und der Verwaltung sind wegen Neuegelung der Tarifverhältnisse Differenzen entstanden, die noch nicht beigelegt sind.

D3. Hausach, 4. Juni. In der festlich geschmückten Stadt feierte gestern und vorgestern die Stadtmusik ihr 110 jähriges Stiftungsfest verbunden mit dem 6. Saumustfest. Am Sonntagabend war großer Zapfenstreich unter Mitwirkung sämtlicher anwesender Kapellen und Feiertanz. Der Sonntag vormittag wurde durch die Wettspiele ausgefüllt, an denen 18 Musikkapellen teilnahmen. Nachmittags Festzug, zu dem sich circa 3000 Fremde eingefunden hatten.

D3. Lörrach, 3. Juni. Der Oberbadische Automobilklub hat heute die bereits angekündigte Schwerekriegsbeschädigtenfahrt durch den Schwarzwald zur Durchführung gebracht. In der Fahrt nahmen über 150 Kriegsbeschädigte teil, die in 68 Automobilen befördert wurden. Die Fahrt ging über Schopfheim, Wehr und Johann durch das romantische Wehratal. In Todmoos wurden die Kriegsbeschädigten überaus herzlich empfangen. Von dort ging die Fahrt über St. Blasien nach Bernau, der Heimatstadt von Hans Thoma, wo in zwei großen Sälen das Mittagessen eingenommen wurde. Dann ging die Fahrt weiter über die Waghäuser nach Präg und Schönau. Von dort aus erfolgte dann die Heimfahrt.

D3. Breisach 1. Juni. Die Breisacher Teispiele auf dem hochgelegenen schönen Platz am untern Stephansmünster, die im vorigen Jahre nicht weniger als 40 000 Besucher angelockt hatten, werden auch in diesem Jahre, — die Erstaufführung ist am 10. Juni — aufs Neue ihre Wirkung auf die Zuschauer ausüben. Unter Leitung des kühnen Herr Schärer wird jetzt überall der letzte Schiff vollzogen. Ein ganz besonderer Genuss wird der Besuch der nächsten Aufführungen sein.

D3. Furtwangen, 4. Juni. Auf dem Brend bei Furtwangen in 1150 Meter Höhe ist gestern das Brand-Wirtshaus eröffnet worden. Das stilvolle Schwarzwalddhaus steht in nächster Nähe des Turmes in wunderbarer Lage. Der Brendturm liegt am großen Höhenweg Ffornheim-Basel.

D3. Landau, 2. Juni. An der französisch-pfälzischen Grenze wurden im vergangenen Monat im ganzen 28 junge Deutsche festgesetzt, die für die Fremdenlegion angeworben waren. Es gelang den Behörden, von diesen nur 13 vom Grenzübertritt abzuhalten. Zwei von ihnen wurden noch in Landau den deutschen Behörden abgeliefert. Beide hoben sich wegen Passvergehens zu verantworten.

D3. Stuttgart, 5. Juni. Im Gustav-Siegler-Saal veranstaltete am Samstag der Freimaurerbund der aufgehenden Sonne eine Kundgebung für die deutsch-französische Verständigung. Es sprachen dabei einige Naziführer, frühere deutsche und französische Offiziere. Nach der Versammlung sang in der Leonhardsstraße eine Gruppe Nationalsozialisten das Deutschlandlied. Die Polizei ging, wie die „Württembergische Zeitung“ meldet, gegen die jungen Deutschen und das zusammengelaufene Publikum vor und nahm zwei Nationalsozialisten fest.

Verschiedenes

Die Droschkenfahrt Berlin-Paris
Der Berliner Droschkenführer Gustav Hartmann, der am 2. April mit einer Pferdewoche die Fahrt nach Paris angetreten hat, als Krönung seiner 43 jährigen Berufslaufbahn, ist Montag nachmittags 4 Uhr in die französische Hauptstadt eingezogen. Seine Ankunft war von lebhaften Sympathiebekundungen begleitet, bei denen auch Hofsprecher auf Deutschland laut wurden. Die mit Blumen geschmückte Droschke, in der der Berliner Journalist Heobald die Fahrt mitgemacht hatte, wurde auf ihrem Wege durch die Boulevards von der zahlreichen spaterwerbenden Menge begrüßt. Für G. Hartmann wird in Paris eine Reihe von Ehrungen durch verschiedene Organisationen und Unternehmungen geplant.

Mißglückter Langstreckenflug
Die französischen Flieger Arachar und Rignot, die am Sonntag in Paris gestartet waren, um den Langstreckenrekord zu brechen, sind bereits Montagabend 10 Uhr wegen schlechten Wetters in Konstantinopel gelandet.

zureichen. Nach ergebnislosem Umfluge dieser Freit wird die Kraftloswerkung obigen Sparbuchs ausgesprochen werden. S. 663
Heiligenberg, b/Bodensee, den 2. Juni 1928.
Bezirks-Spartafest Heiligenberg (Baden).
Öffentliche Verbandsspartafest.

Badisches Landesstheater
Mittwoch, 6. Juni
*B 27 N.-Gem. 2. S.-Gr.
Der Rosenkavalier
von Richard Strauß
Musikalische Leitung:
Josef Krips
In Szene gesetzt von Otto Krauß

Feldmarschallin Franz
Dachs Schüller
Octavian Seiberlich
Franz Weyrauch
Sophie Blank
Leitmeyerin Burges
Haus Hofmeister Arras
Valacchi Kaufkötter
Annina Weiner
Polizeikommissar Frey
Haus Hofmeister Rainbad
Notar Böfer
Wirt Rainbad
Sänger Rentwig
Gelehrter Dose
Flötist Frohmann
Friseur Wiedmann
Frisurgehilfe Karst
Witze Bauer

Basen Hermdorff
Burgess
Büsch
Fischbach
Rainbad
Lilian
Nagel
Gröbinger
Wurm
Schmitt
Nebinius
Lindemann
Meyer
Blachinski
Kleinbub
Hausknecht
Anfang 191/ Ende 23
I. Rang und I. Sperrst
7 M
Do. 7. Juni: Vollständige
Vorstellung zu halben Preisen:
Der Troubadour
Fr. 8. Juni:
Die Herzogin von Padua

G. BRAUN
(vorm. G. Braunsche Hofbuchdruckerei und Verlag)
G. m. b. H.
KARLSRUHE
Karl - Friedrich - Straße 14

fertigt Drucksachen aller Art
für Industrie, Handel, Behörden
und Private.

Kurze Lieferfristen
Preise mäßig

Die per 1. Juli 1928 fälligen Zinscheine unserer Goldhypothekenspfandbriefe lösen wir wie folgt ein:

a) 8 % Goldhypothekenspfandbriefe
aus 50 RM. mit 2,- RM
" 100 " " 4,- " "
" 200 " " 8,- " "
" 500 " " 20,- " "
" 1000 " " 40,- " "
" 2000 " " 80,- " "
" 5000 " " 200,- " "

b) 7 % Goldhypothekenspfandbriefe
aus 100 RM. mit 3,50 RM
" 200 " " 7,- " "
" 500 " " 17,50 " "
" 1000 " " 35,- " "
" 2000 " " 70,- " "
" 5000 " " 175,- " "

c) 6 % Goldhypothekenspfandbriefe
aus 100 RM. mit 3,- RM
" 200 " " 6,- " "
" 500 " " 15,- " "
" 1000 " " 30,- " "
" 2000 " " 60,- " "
" 5000 " " 150,- " "

d) 4 1/2 % Liquidationspfandbriefe
aus 50 RM. mit 1,13 RM
" 100 " " 2,25 " "
" 200 " " 4,50 " "
" 500 " " 11,25 " "
" 1000 " " 22,50 " "
" 2000 " " 45,- " "
" 5000 " " 112,50 " "

Von obigen Beträgen kommen 10 % Kapitalertragsteuer in Abzug. 661
Mannheim, den 1. Juni 1928.
Rheinische Hypothekendarl.

Die erledigte Stelle eines
Schutzmannes
neu zu besetzen. 600
Beeignete Bewerber, welche die Polizeischule mit Erfolg besucht haben, wollen sich unter Vorlage von Zeugnissen hierüber und über ihre bisherige Tätigkeit unter Anschluß eines selbstgeschriebenen Lebenslaufes bis 12. d. M. schriftlich melden. Besoldung nach Gruppe IV (alte Besoldungsordnung).
Wehr, den 2. Juni 1928.
Der Gemeinderat:
Leber.

Auch in England „Chemiker Siebels Hefekur“
Die Nachrichten von den erfrischenden, gesundheitsfördernden Wirkungen von „Chemiker Sybels Hefekur“ auf den menschlichen Organismus sind inzwischen auch in das Ausland gedrungen. Man scheut dort keine Kosten, sich „Chemiker Sybels Hefekur“ zu verschaffen und seinem Körper eine Wohltat zu erweisen, die in Deutschland Unzählige kennen und die bereits sprichwörtlich geworden ist. In Karlsruhe ist „Chemiker Siebels Hefekur“ erhältlich in Drogerie Tscherning, Ecke Karl- und Amalienstrasse; Engel-Drogerie, Werderplatz 44; Drogerie Vetter, Zirkel 15.

Öffentliche Verbandsspartafest Meersburg.
Bilanz auf 31. Dezember 1926.

Vermögen.	RM	Verbindlichkeiten.	RM
1. Kassenbestand	6 521,39	1. Spareinlagen	500 285,95
2. Guthaben bei Banken, Girozentrale und Postsparkamt	5 239,07	2. Giroeinlagen	88 432,84
3. Darlehen auf Hypotheken	410 044,39	3. Anlehnkapitalien	1 032,67
4. Darlehen an Gemeinden und Körperschaften	77 157,88	4. Aufwertungsfondo	22 445,17
5. Schuldscheindarlehen geg. Bürgerschaft	110 150,22	5. Ausgabeüberschüsse	843,85
6. Einnahmerückstände	12 095,84	6. Reservefonds	8 969,80
7. Gerätschaften	3 048,33	7. Reingewinn vom Jahre 1926	2 246,84
	624 257,12		624 257,12

Meersburg, den 2. Juni 1928.
Der Vorsitzende des Verwaltungsrats: Dr. Wolf.
Der Geschäftsleiter: Zwid.

Öffentliche Sparkasse Merchingen
Bilanz auf 31. Dezember 1927

Vermögen.	RM	Verbindlichkeiten.	RM
1. Kassenbestand	6 670,27	1. Spareinlagen	219 678,31
2. Guthaben bei Banken, Girozentrale und Postsparkamt	15 620,50	2. Giroeinlagen	6 757,17
3. Wertpapiere	15 005,-	3. Anlehnkapitalien	44 090,-
4. Darlehen auf Hypothek	123 508,-	4. Rücklagen	10 361,01
5. Reichskredite	46 590,-	5. Ausgabeüberschüsse	28 700,84
6. Darlehen auf Schuldschein	82 711,31	6. Reservefonds	3 051,91
7. Darlehen an Gemeinden	12 048,80	7. Aufwertungsfond	
8. Einnahmerückstände	9 868,66	8. Reingewinn	
9. Gebäude	1,-		
10. Gerätschaften	615,70		
	312 639,24		312 639,24

Merchingen, den 15. Mai 1928.
Der Vorsitzende des Verwaltungsrats: Häffner, Bürgermeister.
Der Geschäftsleiter: Fösch.

Berechnung der Rücklage
Die gesetzliche Rücklage hat zu betragen:
8% aus 226 435,48 RM = 18 114,83 RM
Sie beträgt auf Schluß des Jahres 1927 = 13 412,92 RM
somit fehlender Betrag der Rücklage = 4 701,91 RM
Merchingen, den 15. Mai 1928.
Der Vorsitzende des Verwaltungsrats: Häffner, Bürgermeister.
Der Geschäftsleiter: Fösch.

Karlsruhe. N. 211
Im Konkursverfahren über das Vermögen der Firma Ernst Marg in Karlsruhe, Luisenstraße 58, ist zur Abnahme der Schlußrechnung, zur Erhebung von Einwendungen gegen das Verzeichnis der bei der Verteilung zu berücksichtigenden Forderungen, zur Beschlußfassung über die nicht verwertbaren Vermögensstücke und die Festsetzung der Vergütungen und Auslagen der Gläubigerauswahlglieder sowie zur Festsetzung der Vergütung und Auslagen des Verwalters und Prüfungstermin hat, der nachträglich angemeldeten Forderungen, Schlußtermin bestimmt auf: Freitag, den 15. Juni 1928, vormittags 8 Uhr, vor dem Amtsgericht Karlsruhe, Akademiestraße 8, 2. Stod., Zimmer Nr. 160. Karlsruhe, den 25. Mai 1928.
Geschäftsstelle des Amtsgerichts N. 4.

Karlsruhe. N. 218
Im Konkurs über das Vermögen der Firma Ernst Marg in Karlsruhe, Luisenstraße 58, soll die Schlußverteilung erfolgen.—Dazu sind nach Verteilung der bevorrechtigten Forderungen im Gesamtbetrag von 158.12 RM noch 5 134,59 RM verfügbar, während an gewöhnlich Forderungen insgesamt 20 089,02 RM zu berücksichtigen sind. Das Schlußverzeichnis liegt auf der Gerichtsschreiberei A 4 des hiesigen Amtsgerichts zur Einsicht aus.
Karlsruhe, 4. Juni 1928.
Der Konkursverwalter: Carl Nagel.

Bekanntmachung.
Das Sparbuch Nr. 1072 unserer Kasse, lautend auf den Namen „Gipp Heinrich Ehefrau Maria geb. Müller von Stratsvöeller“ ist abhanden gekommen.
Wir fordern hiermit den etwaigen derzeitigen Inhaber fraglichen Sparbuchs bzw. denjenigen, der irgendwelche Rechte aus demselben glaubt geltend machen zu können, auf, innerhalb eines Monats von heute an seine Ansprüche unter Vorlage des Sparbuchs usw. bei uns ein-